

Press release

Kiel, 08.08.2022

SSW-Ratsfraktion fordert Klarheit bei Lindenau und Perspektiven für Friedrichsort

Zu dem Bericht in den Kieler Nachrichten vom 08.08.2022 über die Diskussion um die Zukunft des Geländes der ehemaligen Lindenau-Werft erklärt der Vorsitzende der SSW-Ratsfraktion, Ratsherr Marcel Schmidt:

"Die Forderung der Rathje-Werft, den Spekulationen ein Ende zu bereiten und Planungssicherheit für das maritime Gewerbe in Friedrichsort zu gewährleisten ist mehr als verständlich. Ich selbst hatte auf das Schreiben der Rathje-Werft an die Fraktionen reagiert und für die SSW-Ratsfraktion die Rathje-Werft noch im Juni besucht. Das Gespräch auf der Werft war informativ und hat neue Aspekte beleuchtet. Nach meiner Auffassung ist es notwendig, eine Perspektive für die maritime Wirtschaft zur gewerblichen Nutzung des Geländes der ehemaligen Lindenau-Werft aufzuzeigen und die gewerbliche Nutzung des Geländes festzuschreiben. Gedankenspiele der Rathauskooperation über eine mögliche Nutzungsänderung, verbunden mit einem Ultimatum, sind wenig hilfreich. Die SSW-Ratsfraktion wird nach der Sommerpause einen Antrag einbringen, der Planungssicherheit für das maritime Gewerbe einfordert. Es ist wichtig, dass die Kommunalpolitik in dieser Sache künftig klar kommuniziert.

Darüber hinaus müssen wir aber auch die Frage bewegen, warum eine Nutzungsänderung des Geländes der ehemaligen Lindenau-Werft überhaupt diskutiert wurde. – Kiel fehlt es an bezahlbarem Wohnraum und das gilt auch und besonders für Friedrichsort. Vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen ist es für die Kieler Stadtteile existenziell, dass sie über ausreichend bezahlbaren Wohnraum verfügen. Die Folgen einer nicht ausreichend ambitionierten Wohnungs- und Wohnungsbaupolitik zeigen sich mannigfaltig, so auch in den Leerständen in den Stadtteilzentren oder der Überalterung von Stadtteilen. Die Kommunalpolitik muss hier endlich handeln und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch in

Friedrichsort ankurbeln. Damit Diskussionen um Nutzungsänderungen von Werftgeländen unnötig sind und wir künftig Planungssicherheit sowohl für das Gewerbe, als auch für den Wohnungsbau erhalten.“